



Positionspapier zur Bologna-Konferenz

Studierendenverbände waren von Beginn an bei der organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitung der Bologna-Konferenz engagiert. In Bezug auf die Konferenz am 17. Mai stellen wir mit folgendem Papier unsere wichtigsten inhaltlichen Forderungen an Bund, Länder und Hochschulen dar.

Bund

Hochschulen bedarfsgerecht ausfinanzieren

Der Bund hat eine Verantwortung für die Finanzierung der Hochschulen. Es bedarf aus studentischer Sicht eine stärkere Kooperation aus Bund und Ländern. Die Förderung muss verstetigt und nicht als eine Förderung für wenige ausgestaltet werden.

BAföG ausbauen!

Das BAföG ist ein Erfolgsmodell und ermöglicht mehr Chancengleichheit. Dennoch muss es an die neuen Gegebenheiten angepasst und weiterentwickelt werden. Kurzfristig sind die Bedarfssätze regelmäßig an die Preisentwicklungen anzupassen sowie die Freibeträge deutlich zu erhöhen, um mehr Studierende zu fördern. Langfristig muss das BAföG hin zu einer staatlich finanzierten, elternunabhängigen, bedarfsdeckenden und flexiblen Bildungsfinanzierung umgebaut werden, dass den Erfordernissen des lebensbegleitenden Lernens gerecht wird. Zudem muss das BAföG wieder ein Vollzuschuss sein, um den Studierwilligen die Verschuldungsangst zu nehmen.

Bachelor-AbsolventInnen in den Höheren Dienst eingruppierten!

Bachelor-AbsolventInnen werden momentan in öffentlichen Verwaltungen nicht in den Höheren Dienst eingruppiert. Für uns ist der Bachelor ein vollwertiger akademischer Abschluss und muss für höhere Laufbahnen qualifizieren. Als Träger der Strukturreform hat der Bund eine besondere Verantwortung für eine angemessene Eingruppierung und Bezahlung der AbsolventInnen. Das heißt für uns, dass Bachelor-AbsolventInnen bei Neueinstellungen in den Höheren Dienst eingruppiert werden müssen.

Bundesländer / KMK:

Studentische Mitbestimmung ausbauen!

Studierenden haben durch ihren Studienalltag die besten Kompetenzen in Bezug auf die Organisation eines Studiums sowie bezüglich der Beurteilung von Qualität der Lehre. Studierende sind gleichberechtigte Mitglieder der Hochschule und daher fordern wir die Einführung einer Verfassten Studierendenschaft, wo es sie nicht gibt, die Stärkung von vorhandenen sowie den Ausbau der studentischen Mitbestimmung zu einer gleichberechtigten Mitbestimmung in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung.

Master für alle die wollen!

Ein zweistufiges Studiensystem darf keine neuen Hürden aufbauen. In der Studierendenschaft gibt es eine große Unsicherheit für die Zeit nach dem Bachelor-Studium. Daher muss ein Master-Studium für die offen stehen, die nach dem Bachelor einen Master machen wollen. Gleichzeitig muss der Bachelor als vollwertiger akademischen Abschluss anerkannt werden, der zu wissenschaftlichem Arbeiten qualifiziert. Zudem muss die Studiendauer flexibel gestaltet werden und auch über zehn Semester hinaus möglich sein.

Lernbedingungen verbessern

Die Betreuungsrelation muss deutlich verbessert werden. Dies bedeutet ein massiver Ausbau von ProfessorInnenstellen mit den dazugehörigen wissenschaftlichen und nicht wissenschaftlichen MitarbeiterInnenstellen. Zudem muss auch das Beratungsangebot für Studierende und Studieninteressierte massiv ausgebaut werden.

Zu guten Lernbedingungen gehören auch eine entsprechende Anzahl und entsprechend ausgestattete Räume. Hier müssen die Länder ein Infrastruktur-Programm auferlegen, welches die Verwahrlosung von Gebäuden und Räumen aufhält.

Hochschulen

Für eine qualifizierte Studienreform

Der Bologna-Prozess wurde ausschließlich als Struktur-Reform aufgefasst. Statt einer eindimensionalen Orientierung des Studiums an eng umrissenen und kurzfristig verwertbaren Berufsprofilen muss ein problemorientierter Praxisbezug die Studienangebote bestimmen. Die Studienangebote sind interdisziplinär und projektorientiert auszurichten.

Gleichwertigkeit von Lehre und Forschung durchsetzen!

Lehre und Forschung sind eine Einheit und gleichwertig. Daher ist bei Berufungsverfahren stärker auf die Lehrqualifikationen zu achten. Zudem muss sich das Lehrpersonal verpflichtend in Hochschuldidaktik und neuen Lehrformen weiterqualifizieren.

Anwesenheitspflicht aufheben!

Studierende tragen die Verantwortung für ihr Studium. Dazu gehört auch, dass es in ihrer Verantwortung liegt, wie und wann sie lernen wollen. Daher ist die Anwesenheitspflicht aufzuheben.